

Arafat wendet sich gegen «Terror»

Israel schliesst Verbindungsbüros - Barak will sich nicht in «überflüssigen Krieg» ziehen lassen

JERUSALEM: Israel hat gestern die faktische Schliessung der zehn gemeinsamen Verbindungsbüros mit den Palästinensern angeordnet. Die dort tätigen Palästinenser wurden angewiesen, die Büros im Westjordanland und im Gazastreifen zu verlassen. Die Regierung zog damit die Konsequenzen aus dem Anschlag auf ein Verbindungsbüro im Gazastreifen, bei dem gestern ein israelischer Vertreter ums Leben kam.



Der palästinensische Präsident Jassir Arafat reist heute zu Gesprächen mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin über die Lage im Nahen Osten nach Moskau. (Bild: Keystone)

Bei der Explosion des Sprengsatzes wurde der Raum zerstört, in dem israelische und palästinensische Unterhändler zu Fachgesprächen zusammenkamen. Damit hätten die Palästinenser die letzten Reste dieser Zusammenarbeit weggesprengt, sagte ein israelischer Armeesprecher. Die Palästinenser erklärten, sie wollten die Büros nicht verlassen. Die israelische Entscheidung sei ge-

fährlich, weil damit die letzten Verbindungen zwischen beiden Seiten durchtrennt würden, sagte der palästinensische Leiter der Verbindungsbüros im Westjordanland, Ribhi Arafat. Im Westjordanland wurde am Donnerstag ein Aktivist der militanten Hamas-Bewegung bei der Explosion seines Autos

getötet. Ibrahim Bani Odeh war zwei Jahre lang in palästinensischer Haft, weil er Bomben für die Hamas gebaut haben soll. Nach israelischen Luftangriffen auf das Westjordanland war er Mitte Oktober freigelassen, später aber wieder verhaftet worden. Zum Zeitpunkt der Explosion in der Stadt Nablus hatte

er einen viertägigen Hafturlaub. Der palästinensische Gouverneur von Nablus, Machmud Alul, sagte, Israel habe die Bombe mit Hilfe eines palästinensischen Kollaborateurs unter dem Auto angebracht. Bani Odeh habe das Fahrzeug kurz zuvor von einem Verwandten erhalten, der nun verschwunden sei. Die israelischen Streitkräfte wiesen eine Verwicklung in den Anschlag zurück.

In der Nähe des Grenzübergangs Eres zwischen dem Gazastreifen und Israel eröffneten Palästinenser das Feuer auf eine israelische Patrouille. Dabei wurde nach Angaben der Streitkräfte ein israelischer Soldat getötet. Bei zwei Feuergefechten im Gazastreifen wurden 14 Palästinenser verletzt. Nach Angaben der Armee wurde auch ein Palästinenser getötet, was aber vor Ort nicht bestätigt wurde.

Acht Wochen nach Beginn des palästinensischen Aufstands wächst offenbar der öffentliche Druck auf die israelische Regierung, die Unruhen mit einer Militäroffensive nie-

derzuschlagen. Zehntausende Israelis demonstrierten am Mittwochabend in Jerusalem für eine militärische Offensive in den palästinensischen Gebieten. Ein ranghoher Militärkommandeur sagte, die Streitkräfte könnten die Autonomiegebiete wie einen feindlichen Staat angreifen. Ministerpräsident Ehud Barak kündigte am Donnerstag eine «angemessene Antwort» auf den Bombenanschlag vom Vortag an, bei dem in der Stadt Hadera zwei Menschen getötet wurden. Zugleich erklärte er aber, Israel wolle sich nicht in einen «überflüssigen Krieg» hineinziehen lassen. Der palästinensische Präsident Jassir Arafat verurteilte den Anschlag als einen terroristischen Akt, mit der die Autonomiebehörde nichts zu tun habe.

Arafat wird am Freitag zu Gesprächen mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin in Moskau zusammenkommen. Russland ist neben den USA Vermittler im Nahost-Friedensprozess, hat aber nie eine so aktive Rolle gespielt wie die Vereinigten Staaten.

NACHRICHTEN

Kritik an Regierung

BARCELONA: Tausende Spanier haben gestern mit Schweigeminuten des ermordeten früheren spanischen Gesundheitsministers Ernest Lluch gedacht. Derweil übten Spaniens Sozialisten heftige Kritik an der konservativen Regierung von Ministerpräsident Jose Maria Aznar. Vor den Rathäusern und Behörden in ganz Spanien standen die Angestellten einige Minuten zu Ehren des Ermordeten in stillem Gedenken. Der sozialistische Politiker war ein Kritiker der ETA, befürwortete aber immer einen Dialog zur Lösung des Konflikts mit den Basken. Auf die Ermordung Lluchs reagierten sowohl Politiker des rechten wie des linken Lagers schockiert.

59 Prozent der Tschechen für EU-Beitritt

PRAG: In Tschechien ist die Zahl der Befürworter eines EU-Beitritts nach einer repräsentativen Umfrage weiter gestiegen. Derzeit seien 59 Prozent der Bevölkerung für eine Mitgliedschaft, teilte die Agentur IVVM gestern in Prag mit. Seit März 1996, als sich lediglich 42 Prozent für einen Beitritt aussprachen, sei die Zahl kontinuierlich gewachsen, hiess es. Bei der jüngsten Erhebung, an der sich etwa 1100 Personen beteiligten, hätten sich 24 Prozent der Befragten gegen eine EU-Mitgliedschaft entschieden.

Mirko neuer Präsident der bosnischen Serben

SARAJEVO: Der Nationalist Mirko Sarovic ist zum neuen Präsidenten der bosnischen Serben gewählt worden. Er erhielt 50,1 Prozent der Stimmen, wie die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) gestern mitteilte. Sarovic war bei dem Urnengang am 11. November für die Serbische Demokratische Partei (SDS) angetreten. In Bosnien-Herzegowina waren an diesem Tag die dritten allgemeinen Wahlen nach Ende des Krieges 1995 abgehalten worden.

USA drohen Russland mit Sanktionen

WASHINGTON/MOSKAU: Die USA haben Russland Wirtschaftssanktionen angedroht, falls Moskau wieder Waffen an Iran liefert. Damit reagierte Washington nach Medienberichten vom Donnerstag auf die Ankündigung Russlands, aus einem Geheimabkommen mit den USA auszusteigen. Darin hatte Moskau 1995 die Einstellung der Waffenlieferungen an Iran zugesagt und war dafür von Sanktionen der USA ausgenommen worden. Bedingung der Vereinbarung zwischen Vizepräsident Al Gore und dem damaligen russischen Ministerpräsidenten Viktor Tschernomyrdin war, dass sie vertraulich blieb.

Rugova-Berater Mustafa ermordet

PRISTINA: Unbekannte haben den Chefberater, Xhemal Mustafa, des gemässigten Albanerführers Ibrahim Rugova in der Kosovo-Hauptstadt Pristina erschossen. Die Polizei in Pristina sei über Telefon über den Mordanschlag informiert

worden. In der Nähe des Tatortes sagten ortsansässige Albaner zu Journalisten, sie seien Augenzeugen der Tat geworden. Mustafa sei mit drei Schüssen in den Kopf getroffen worden. Zwei Täter seien geflüchtet.

Schweiz als Modell für Europa

Bundesrat Deiss an Europa-Konferenz in Sochaux

SOCHAUX: Die Schweiz könnte auch Modell für das künftige Europa sein: Bundesrat Joseph Deiss hat an der Europäischen Konferenz in Sochaux den Vertretern von EU und Beitrittskandidaten das föderalistische System der Schweiz nähergebracht.



Bundesrat Joseph Deiss erläuterte das Schweizer Modell.

Die Erweiterung der Europäischen Union (EU) und die dazu nötigen Reformen der EU-Institutionen waren Hauptthema der Europa-Konferenz vom Donnerstag in Sochaux. An dem Treffen unweit der Schweizer Grenze nahmen die Europa-Staatssekretäre der 15 EU-Staaten und die Aussenminister der 13 EU-Beitrittskandidaten sowie der Schweiz teil.

Erfahrungen der Schweiz

Bundesrat Deiss sagte dabei, als Vertreter eines föderalistischen Staates freue es ihn, dass in den Debatten über die Zukunft der EU auch die Idee einer europäischen Föderation diskutiert werde. Er nutzte in der Folge die Gespräche, um das Funktionieren des Schwei-

zer Modells zu erläutern. Der Schweizer Aussenminister wies dabei auf die Kompetenzabgrenzung hin, die nach dem Subsidiaritätsprinzip von unten nach oben erfolge. Die Erfahrungen in der Schweiz zeigten auch, dass das Bestehen eines Bundes nicht das Verschwinden der föderalen Einheiten bedeute.

Inspiration für die EU Weiter betonte Deiss die Bedeutung der demokratischen Abstützung im Volk; so seien in

der Schweiz etwa die Volksrechte eine zentrale Frage in der Debatte um einen EU-Beitritt. Im Zusammenhang mit der Respektierung von Minderheiten wies Deiss auf das Zweikammer-System und die Erfahrungen der Schweiz mit der doppelten Mehrheit hin.

Vor Schweizer Medienvertretern hielt Deiss danach fest, es sei nicht an der Schweiz, der EU Lehren zu erteilen. Das Beispiel der Schweiz sei zudem nicht einfach auf ein viel grösseres Gebilde wie die EU übertragbar. Doch die Schweiz verfüge seit über 150 Jahren über ein System, das funktionieren könne. Deiss erinnerte im weiteren an den Wunsch des Bundesrates, in der Legislatur 2003 bis 2007 EU-Beitrittsverhandlungen aufzunehmen. Er hoffe, dass die Schweiz bis 2010 der EU angehöre. Nach dem Treffen wurde Deiss entgegen dem ursprünglichen Programm zur Teilnahme an einem öffentlichen Podiumsgespräch geladen, wo er seine Überlegungen erneut vertrat.

USA: Bizarre Auswüchse

Oberstes Gericht weist Antrag der Demokraten zurück

WASHINGTON: Der Streit um den Ausgang der US-Präsidentenwahl beschäftigt jetzt das Oberste Gericht der Vereinigten Staaten in Washington. Die Anwälte des Republikaners George W. Bush wollen mit einer höchstrichterlichen Entscheidung die Nachzählung von Stimmen in Florida stoppen.

Das Oberste Gericht in Florida wies unterdessen den Antrag der Demokraten zurück, die die Fortsetzung der manuellen Nachzählung im Bezirk Miami-Dade erreichen wollten. Beobachter sprachen von zunehmend bizarren Auswüchsen eines bisher beispiellosen Vorgangs in der Geschichte des

Landes. Mit dem Gang vor den Supreme Court fechten die Republikaner das Urteil des Obersten Gerichts von Florida an, wonach die Ergebnisse manueller Kontrollzählungen in drei Wahlbezirken in das amtliche Endergebnis des US-Staates einfließen müssen. Dieses entscheidet über das Gesamtergebnis der Wahl vom 7. November, weil weder Bush noch der demokratische Kandidat Al Gore bei der Auszählung in den anderen Staaten der USA eine Mehrheit der Wahlmännerstimmen erringen konnten.

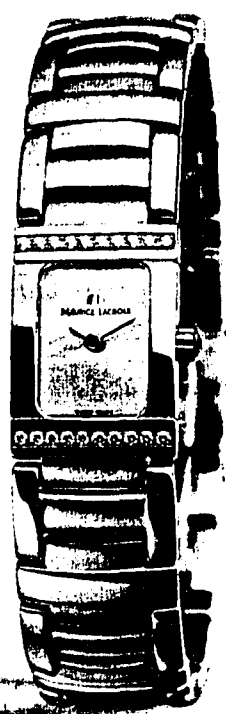
In der Begründung ihrer Berufung vor dem Obersten Gericht in Washington sprachen die Anwälte Bushs von einer drohenden Verfassungskrise

und der Gefahr, dass ein Präsident mit zweifelhafter Legitimität ins Weisse Haus einzögen könnte. Zudem reichte Bush auch in Florida eine Klage ein: Gefordert wird die Nachzählung der Briefwahlstimmen in 13 Wahlbezirken, wo hunderte Stimmen für ungültig erklärt wurden.

Die Wahlkommission im Bezirk Miami-Dade hatte die Auszählung am Mittwoch gestoppt, weil sie der Ansicht war, dass sie die Zählung nicht innerhalb der vom Obersten Gericht Florida genannten Frist hätte zu Ende führen können. Die Richter des Obersten Gerichts berieten während einer Telefonkonferenz den Antrag der Demokraten, die Frist zu verlängern.

REKLAME

Maurice Lacroix.
Tomorrow's Classics.



Miros Integral Nr. 32823-3705



MAURICE LACROIX
Switzerland

Miros Integral: Gehäuse Edelmetall mit
Diamanten, kratzfestes Saphirglas,
Zifferblatt Perlmutter, wasserdicht bis
50m, ATS 19.950,-.

HANDLE
UHREN · GOLD · JUWELN

Spurpreise · Gravuren · Eigene Werkstätte
Wulfrid Handle
Kreuzgasse 1A, A-6800 Feldkirch